

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	97
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	1127/2020
		GZ:	0410-00
Sitzungstermin:	24.03.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Digital MoveS - eCollaboration Management (ECoM)		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 24.02.2021, öffentlich, Nr. 31
Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 22.02.2021, GR Drs 1127/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Rahmenvertrag für den Bezug von Softwareprodukten der Firma HCL für vier Jahre Nutzungsdauer abzuschließen und nach Vergabe daraus Leistungen abzurufen. Dem voraussichtlichen Finanzierungsvolumen von jährlich bis zu 910.000,- EUR/Jahr (ca. 3,6 Mio. EUR für den Zeitraum 2021 - 2024) wird zugestimmt.
2. Im Kontext der Einführung der HCL-Produkte wird eine externe Leistung von insgesamt 300.000,- EUR beauftragt, gesplittet auf die Jahre 2021 (180.000,- EUR) und 2022 (120.000,- EUR).
3. Der Erteilung des Zuschlages für den Abschluss der Rahmenvereinbarung über die Lieferung von Softwareprodukten (Beschlussantrag 1) mit einem Gesamtvolumen von 3.528.000,- EUR an die Firma HCL im Wege der Direktvergabe durch die Verwaltung wird zugestimmt. Für die externe Leistung gemäß Beschlussantrag 2 wird die Verwaltung ermächtigt, eine entsprechende Ausschreibung durchzuführen.

4. Die Aufwendungen werden entsprechend der Darstellung im Abschnitt "Finanzielle Auswirkungen" gedeckt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) hinterfragt die künftige Möglichkeit, Videokonferenzen durchzuführen. Hierzu informiert Herr Reichert (HauptPersA), in die Plattform solle eine Videokonferenztechnik integriert werden. Bei der Thematik der externen Einbindung stelle sich eigentlich nicht die Frage, ob dies technisch machbar sei, sondern die Sicherheitsfrage. Für jegliche Plattform, die eingebunden werde, müsse zunächst das städtische Netz ertüchtigt werden, damit man sich das zusätzliche Risiko durch die Einbindung externer Videokonferenzteilnehmer leisten könne. Das Problem bleibe bestehen, aber diese Videokonferenzlösung sei vermehrt Teilnehmer performant und laufe vollintegriert. Dieser Weg habe für Teilnehmer den Vorteil, dass wenn mit Notes ein Termin angelegt werde, Einladungen automatisch möglich seien. Perspektivisch wolle die Verwaltung externe Videokonferenzen über das städtische Netz betreiben können. Das Netz müsse dazu aber zunächst sicherheitstechnisch ertüchtigt werden. An dieser nicht trivialen Aufgabe werde mit Hochdruck gearbeitet.

Durch den Ersten Bürgermeister wird ergänzt, die Verwaltung könne hierfür mit Same-time und Connections viele Bausteine entwickeln. Beim Thema Videokonferenzen gehe es eher um die Mikrosegmentierung des Netzes.

Danach stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. GPR (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS